

Reaktion von „maßlos enttäuscht“ bis „sehr traurig“

Unverständnis über Absage der niedersächsischen Landesregierung zum Schulobstprogramm der EU-Kommission

Goldenstedt/Hannover/Brüssel (GeL) – „Maßlos enttäuscht“ ist der Goldenstedter Bürgermeister Willibald Meyer über die Entscheidung der Landesregierung in Hannover, sich nicht am Schulobstprogramm der Europäischen Union (EU) zu beteiligen. Ungeachtet dessen wird die bisher von der Gemeinde Goldenstedt selbst finanzierte Abgabe von Äpfeln an alle Grundschüler im Gemeindegebiet wie geplant bis zum Halbjahresende weitergehen. Was danach geschieht, sei noch offen, so Meyer.

Wie berichtet, hat Ernährungsminister Hans-Heiner Ehlen (CDU) den „bürokratischen Mehraufwand“ als Grund angeführt. Die Anforderungen der EU-Kommission an alle Beteiligten – von Obst- und Gemüsehändlern über Schulen und

Kommunen bis zu Bewilligungsbehörden und Kontrollinstanzen – stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen des Programms, das Niedersachsen 1,5 Millionen Euro gekostet hätte.

Bürgermeister Meyer kritisiert, dass sich das Land vollends aus der Finanzierung zurückziehe, wodurch auch das Geld aus Brüssel ausbleiben werde. „Wenn wir uns jetzt private Sponsoren suchen, müssen wir 100 Prozent der Kosten tragen“, ärgert er sich.

„Sehr traurig“ über die Entscheidung der Landesregierung ist Kreislandwirt Norbert Meyer, der vor kurzem auch an einer Podiumsdiskussion zum Thema Schulobstprogramm in Goldenstedt teilgenommen hatte. Er könne den Verwaltungsaufwand nicht beurteilen. Unsinnig wäre es allerdings, wenn „wir noch je-



Ist bald Schluss? Ungewiss ist die Zukunft des Schulobstprogramms in Niedersachsen.

Foto: Lauer

den Apfel nummerieren müssen“. Er habe die Hoffnung aber noch nicht aufgegeben und wolle sich bei anstehenden Terminen in Hannover und Berlin des Themas annehmen.

Der Europa-Abgeordnete Hans-Peter Mayer bedauert, dass sich Niedersachsen nicht an dem Projekt beteiligen wolle. Er sagte aber, dass es Brüssel egal sei, wie die Mitgliedsstaaten das untereinander regeln. Damit kein Geld verloren geht, schlägt er vor, dass landesweit ermittelt werde, wie viele Schulen mitmachen wollen und wie groß der Bedarf sei. Dann könne das Land stellvertretend diese Beträge anmelden und es gäbe zumindest einen Teil der Fördermittel. „Wenn Niedersachsen nichts anfordert, bekommen es die anderen“, laute die einfache Rechnung, so Mayer.